

Zum Kabinettsbeschluss über den Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erklärt Astrid Klug, Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung:

Mit dem ersten Fortschrittsbericht löst die Bundesregierung ihre Selbstverpflichtung ein, die 2002 vorgelegte Nationale Nachhaltigkeitsstrategie regelmäßig zu evaluieren und alle zwei Jahre Erfolge und Misserfolge zu bilanzieren. Der Fortschrittsbericht unterstreicht den Prozesscharakter der Nachhaltigkeitsstrategie und zeigt, dass die Bundesregierung den gestarteten Prozess ernst nimmt. Vor zwei Jahren hatte die Bundesregierung die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland vorgelegt. Sie enthält ein Leitbild und 21 anspruchsvolle Ziele und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Der Parlamentarische Beirat unterstützt den Ansatz, Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne zu formulieren und die Zielerreichung anhand von quantifizierbaren Indikatoren kontinuierlich zu überprüfen. Die erste Zwischenbilanz zeigt Licht und Schatten. In den Bereichen Energieeffizienz und Rohstoffproduktivität konnten trotz des kurzen Bilanzierungszeitraumes Erfolge erzielt werden. Deutlich verfehlt wurde dagegen das Ziel der Reduzierung der Staatsverschuldung. Deshalb dürfen die im ursprünglichen Entwurf des Fortschrittsberichtes für 2006 angekündigten und jetzt wieder gestrichenen Schwerpunkte "Nachhaltige Finanzpolitik" und "Biologische Vielfalt" auf keinen Fall aufgegeben werden. Der Parlamentarische Beirat begrüßt die Schwerpunktsetzung in den Bereichen "Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft", "Neue Energieversorgungsstruktur unter Einbeziehung der erneuerbaren Energien", "Alternative Kraftstoffe und Antriebstechnologien" sowie "Flächeninanspruchnahme". Für die Fortentwicklung der Strategie schlägt der Beirat vor, die Handlungsfelder "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung", "Soziale Sicherungssysteme und Prävention" sowie "Demographie und Infrastruktur" aufzugreifen. Weil das Ziel der nachhaltigen Entwicklung nicht allein auf nationaler Ebene gelöst werden kann, muss die Strategie außerdem stärker mit der Nachhaltigkeitspolitik der Europäischen Union verknüpft werden. Um die Menschen bei der Umsetzung der Ziele mitzunehmen, muss die Strategie noch näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen heranrücken. Deshalb sind ein verstärkter öffentlicher Dialog über das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und ein größerer Stellenwert von Verbraucherorientierung und Konsumverhalten notwendig.

Der Parlamentarische Beirat wertet den Fortschrittsbericht intensiv aus und beteiligt sich mit eigenen Vorschlägen an der Weiterentwicklung und Umsetzung.